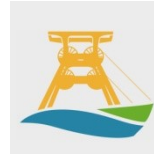


CDU Essen • Blücherstraße 1 • 45141 Essen

An die  
Delegierten des  
132. Kreisparteitages der CDU Essen



**CDU**

**CDU Kreisverband Essen**

im Bildungspark  
Blücherstraße 1  
45141 Essen  
Telefon: 0201 24732-0  
Telefax: 0201 2473299  
info@cdu-essen.de  
www.cdu-essen.de

**Matthias Hauer MdB**  
Kreisvorsitzender

6. September 2022

## **Essener Erklärung**

### **Initiativantrag des Kreisvorstandes an den 132. Kreisparteitag der CDU Essen**

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Aufgrund des verbrecherischen russischen Krieges gegen die unabhängige Ukraine stehen Deutschland und Europa vor historischen Herausforderungen.

Bundeskanzler Olaf Scholz sprach zurecht am 27.02.2022 vor dem Deutschen Bundestag von einer Zeitenwende. Leider lassen er und die Ampelkoalition ein für diese Zeitenwende notwendiges Regierungshandeln vermissen.

Die CDU Essen fordert die Bundesregierung dazu auf:

- endlich die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Ukraine wirksam bei der Verteidigung ihres Territoriums zu unterstützen. Die deutschen Waffenlieferungen dürfen sich nicht weiter verzögern und weitere Hilfen müssen folgen. Deutschland kann und muss mehr tun – auch weil in der Ukraine auch die Freiheit Deutschlands und Europas verteidigt wird. Zudem muss die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands dauerhaft sichergestellt sein. Dazu ist u.a. notwendig, über das 100 Milliarden Euro Sondervermögen hinaus, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO im regulären Bundeshaushalt dauerhaft zu erreichen.
- die Sanktionen gegen Russland und die Profiteure von Putins Regime effektiv durchzusetzen. Denn ausgerechnet Deutschland als größte Wirtschaftsnation des Kontinents hinkt im europäischen Vergleich bei der Durchsetzung der Sanktionen hinterher. Dazu gehört auch eine stärkere Einschränkung der Visa-Vergabe an russische Staatsbürger.

- alle Möglichkeiten der Energieerzeugung auszuschöpfen, die zu einer Unabhängigkeit Deutschlands von russischen Energieimporten führen und welche die Energieversorgung Deutschlands sowohl für die Bevölkerung als auch für die Wirtschaft langfristig sichern. Dazu gehören Steinkohle, Braunkohle, Wind, Sonne, Biomasse, Wasserkraft und Kernkraft. Die Verstromung von Erdgas muss unverzüglich gestoppt werden. Die Verstromungsanteile von Erdgas sollten durch andere Energieträger wie Kernkraft oder Kohle ersetzt werden. Wir unterstützen dazu sowohl den befristeten Weiterbetrieb der drei deutschen Kernkraftwerke, die noch am Netz sind (Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2), als auch die befristete Wiederinbetriebnahme der drei kürzlich vom Netz gegangenen Kernkraftwerke (Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C). Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss weiter vorangetrieben und Verfahren müssen beschleunigt werden.
- zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger die Mehrwertsteuer auf Strom und Gas von 19 auf 7 Prozent zu reduzieren sowie insgesamt einen Schutzschirm gegen die Inflation für die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen sowie auch die Kommunen zu spannen. Gerade bei Treibstoffen, Strom, Wärme und Lebensmitteln wirkt die Inflation besonders belastend. Die Maßnahmen müssen zielgerichtet wirken und dürfen besonders betroffene Gruppen – wie beispielsweise Studentinnen und Studenten sowie Rentnerinnen und Rentner bei der Energiepreispauschale – nicht ausschließen. Die Gasumlage muss abgeschafft werden, da sie Mitnahmeeffekte bei Gasimporteuren finanziert und Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen besonders stark belastet. An die Stelle der Gasumlage sollte eine gezielte Unterstützung der tatsächlich von Insolvenz bedrohten Energieversorger treten. Die explodierenden Gaspreise führen derzeit auch zu einem stark steigenden Strompreis, weil sich die Preisbildung beim Strom an der teuersten erzeugten Kilowattstunde orientiert. Gas sollte aus dem Preissystem entfernt oder der Großhandelspreis gedeckelt werden.
- die Kalte Progression auch für das Jahr 2022 auszugleichen. Wenn Bürgerinnen und Bürger derzeit Lohnerhöhungen erhalten, welche die sehr hohe Inflation ausgleichen, so führen diese zu einer höheren Einkommensteuerbelastung. Diese Kalte Progression wirkt somit – neben den inflationsbedingt ohnehin steigenden Preisen – auch noch wie eine Steuererhöhung und muss durch eine Verschiebung des Steuertarifs ausgeglichen werden. Die Bundesregierung hat den Ausgleich erst für das Jahr 2023 angekündigt, sodass ein Ausgleich im Jahr 2022 trotz besonders hoher Inflation ausbleiben würde.
- die finanzschwachen Kommunen bei der Bewältigung der derzeit bestehenden unterschiedlichen Krisen finanziell in besonderem Maße zu unterstützen, um deren Handlungsfähigkeit dauerhaft zu sichern. Dazu

gehört kurzfristig eine spürbare Entlastung bei den Kosten für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen sowie zeitnah eine tragfähige Lösung der Altschulden für die belasteten Kommunen. Hier sind Bund und Länder gleichermaßen gefordert.

- die Abhängigkeit Deutschlands und Europas ebenfalls von China zu reduzieren. Die Verflechtung kritischer Infrastruktur und von Schlüsseltechnologien sowie auch die Abhängigkeit von chinesischer Pharmaproduktion muss aufgelöst werden. Die Europäische Union muss zudem gegenüber Staaten, die unsere Werte teilen, noch stärker partnerschaftliche Angebote unterbreiten und diese Staaten auch strategisch an uns zu binden.